

Die Umsiedlung der Deutschbalten im Kontext europäischer Zwangsmigrationen

von Matthias Schröder

Die Erinnerung sei das einzige Paradies, aus dem wir nicht vertrieben werden können, meinte Jean Paul¹ – ein Postulat, das Historiker bei der wissenschaftlichen Aufarbeitung zeitgeschichtlicher Vorgänge stets begleitet, insbesondere beim Umgang mit Zeitzeugen. Die Erinnerung fällt nicht nur schwer, sie ist oftmals schmerzhaft, und noch heute bleiben deshalb Privatarchive und Nachlässe wichtiger Zeitzeugen unter Verschluss.² Als „Nestbeschmutzer“ galt über Jahrzehnte hinweg, wer an den Grundfesten deutschbaltischer Geschichtsschreibung rütteln wollte, die Historiografie verblieb vorwiegend im landsmannschaftlichen Zirkel. Ein besonderes Reizthema stellte dabei die Umsiedlung 1939/40 aus dem Baltikum in den „Reichsgau Wartheland“ dar, die der überwiegende Teil der direkt Betroffenen, aber auch die nachfolgende Generation, nach Ende des Krieges als „Rettung vor dem Bolschewismus“ verstanden wissen wollte. Als prägendes Ereignis beherrschten die Vorgänge rund um die Umsiedlung die deutschbaltische Erinnerungsliteratur in der Bundesrepublik, von der Belletristik³ bis zu den Memoiren und Zeitzeugenberichten. Letztere verfassten vorwiegend die an der Umsiedlung unmittelbar Beteiligten aus der Volksgruppenführung und Politik.⁴ Das wohl bekannteste Werk

¹ Jean Paul [Johann Paul Friedrich Richter], Aphorismen. Leipzig 1982.

² Dem Autor wurde die Akteneinsicht in ein Manuskript zum Thema „Die nationalsozialistische deutschbaltische Opposition um Erhard Kroeger in den 30er Jahren“, das zum Archivbestand des Philisterverbandes der ehemaligen Curonia Dorpat-Riga gehört, verweigert. Laut Schreiben vom 23. November 1995 gestattet der Altherrenverband der Curonia die Einsicht erst, wenn „der Philisterverband der Curonia Dorpat-Riga personell“ nicht mehr existiere. Auch die Auswertung von Aufzeichnungen und Tonbändern Erhard Kroegers, die sich in dessen Nachlass befinden, wurde bislang von privater Seite verwehrt.

³ Als Beispiele seien genannt: Gertrud von den Brincken, Nächte. Kassel 1981 und Horst Kurberg, Einquartierung. Deutsche im Warthegau. Köln 1997. Einen ganz anderen Blick auf deutschbaltische Familiengeschichte wagt der Roman von Chris Kraus, Scherbentanz. Frankfurt a.M. 2002.

⁴ Wolfgang Wachtsmuth, Wege, Umwege, Weggenossen. Lebenserinnerungen eines Balten 1876–1950. München 1954; Alfred Intelmann, Aufzeichnungen über das letzte Arbeitsjahr der deutschbaltischen Volksgruppe in Lettland und ihre Umsiedlung, bearb. v. Jürgen von Hehn. Essen 1984; Erich von Nolte, Die Umsiedlung der Deutschen aus Lettland 1939. Ein Überblick. München 1979; Jürgen Ernst Kroeger, So war es. Ein Bericht. Michelstadt 1989; Andreas Müller, Ein Balte erinnert sich. Erlebte Endzeiten 1939–45. o.O. 1988 sowie die Sammlung von Barbara Bielenstein-Bosse, Peter-Jochen Bosse, Auch wir verlie-

schrrieb Erhard Kroeger, damaliger Leiter der Umsiedlungsaktion und Führer der NS-Bewegung in Lettland.⁵ Dabei beanspruchte Kroeger, „die historischen Tatsachen, die es erst ermöglichen, die historische Wahrheit zu ermitteln“,⁶ aufzuzeichnen.

Kroegers Erinnerungsbericht war durchaus umstritten und löste eine lebhafte Diskussion aus, so beim 22. Baltischen Historikertreffen 1969. Baron Th. Freiherr von Dellingshausen stellte dort die Frage, inwieweit die Umsiedlung in die NS-Volkstumspolitik einzubeziehen und mit den anderen Bevölkerungsverschiebungen in Verbindung zu bringen sei. Dellingshausen hatte auf dem Historikertreffen aus einem Schreiben des deutschen Gesandten in Reval aus dem Jahr 1934 wie folgt zitiert: Es sei auf Dauer nicht sinnvoll, das Deutschtum „hier künstlich und zwar unter Aufwand verhältnismäßig größter Mittel auf einem unzeitgemäßen Niveau und in einer überlebten Gedankenwelt zu erhalten“. Dellingshausen schloss, dieses Dokument widerspreche der verbreiteten Meinung, dass ein Verlassen der Heimat vor 1939 nicht ernstlich erwogen worden sei.⁷ Erhard Kroeger hatte sich hingegen in seiner Darstellung von 1967 noch als Retter der deutschbaltischen Volksgruppe stilisiert: „Es gab kein Schwanken und keine Überlegung, meine Aufgabe musste vor allem und unter allen Umständen darin liegen, die deutsche Volksgruppe in beiden Ländern nicht in die Hände der Bolschewiken fallen zu lassen“.⁸ Widerspruch erntete Kroegers Erinnerungsbericht auch von Seiten

ßen das Land ... Die Umsiedlung der Deutschbalten 1939–1941. Michelstadt 1989. Für Estland: Hellmuth Weiss, Zur Umsiedlung der Deutschen aus Estland 1939–1941. Erinnerungsbericht mit einer Einleitung und Anmerkungen von Wilhelm Lenz, in: Zeitschrift für Ostforschung 39 (1990), S. 481–502.

⁵ Erhard Kroeger, Der Auszug aus der alten Heimat. Die Umsiedlung der Baltendeutschen. Tübingen 1967. Dazu die kritische Entgegnung: Hans von Rimscha, Die „Bewegung“ und die Umsiedlung. Zum Buch von Dr. Erhard Kroeger, in: Baltische Hefte 14 (1968), S. 264–282. Im Jahrbuch des baltischen Deutschtums 36 (1989) erschienen Auszüge aus „Familienbriefen“ aus der Zeit der Umsiedlung. Darunter befinden sich auch Briefe von Mary Kroeger, der Mutter Dr. Erhard Kroegers, dem NS-Führer und Leiter der Umsiedlung, an ihre Tochter Eva Kroeger.

⁶ Kroeger, Auszug aus der alten Heimat (wie Anm. 5), S. 13.

⁷ Zit. laut Bericht zum 22. Baltischen Historikertreffen in: Baltische Geschichtsforschung (Juni 1969), Nr. 6 (248), S. 9 ff. Der Tagungsbericht verweist darauf, dass „aus der Erinnerung heraus“ diskutiert worden sei und die Historiker sich beteiligten, weil „sie die Zeit persönlich erlebt und z. T. mitgestaltet hatten“, zit. S. 10.

⁸ Kroeger, Auszug aus der alten Heimat (wie Anm. 5), S. 50 f. Vgl. auch das Interview der „Baltischen Briefe“ mit Kroeger, das die viel sagende Überschrift „Gefahr für Leib und Leben aller baltischen Landsleute“ trägt: Baltische Briefe Nr. 5 (Mai 1965), S. 3 f. sowie den Beitrag von Kroegers Mitarbeiter in der NS-„Bewegung“, Friedrich Buchardt, Im Interesse des Reiches. Zur politischen Vorgeschichte der Umsiedlung, in: Baltische Briefe Nr. 11 (1964), S. 19–22.

Hans von Rimschas, der auf die tendenziöse Darstellung verwies, besonders im Hinblick auf die Auseinandersetzung zwischen Kroegers NS-„Bewegung“ und der deutschbaltischen Volksgruppenführung.⁹ Es verwundert umso mehr, dass die früh geäußerten Einwände gegen Kroegers Darstellung nicht in vollem Umfang in Gabriele von Mickwitz' erster Biografie zur Person Erhard Kroeger berücksichtigt wurden.¹⁰ Mickwitz konstatierte stattdessen, „dass allein Kroeger durch sein politisches Wirken in der Heimat den Kontakt zu den damals Mächtigen des Deutschen Reiches geknüpft und erweitert hatte und nicht seine politischen Gegner, und dass dieses nun der ganzen Volksgruppe zugute kam“. Weiter heißt es, Kroeger habe die „lebensbedrohliche Lage“ seiner Landsleute erkannt und sich für diese „leidenschaftlich“ eingesetzt.¹¹

Wer indes, wie der Osteuropahistoriker Manfred Hellmann¹² oder auch Wilhelm Lenz,¹³ zu Beginn der 70er Jahre auf den Zusammenhang zwischen der Ansiedlung von Deutschbalten im Reichsgau Wartheland und der Vertreibung der dort ansässigen polnischen Bevölkerung hinwies, erntete eine Flut entrüsteter Leserbriefe.¹⁴ Wie Claudia Kraft in Bezug auf die Vertreibungen nach 1945 feststellte, erzeuge „die Verabsolutierung deutschen Leidens“ und die „mangelnde Kontextualisierung des Vertreibungsgeschehens vor dem Hintergrund nationalsozialistischer Vertreibungs- und Vernichtungspolitik“ ein Diskursklima, das die historische Beschäftigung mit dem Thema Vertreibung zu einem „verkrampften politisch-korrekten Drahtseilakt

⁹ Rimscha, Die „Bewegung“ und die Umsiedlung (wie Anm. 5), S. 268-275.

¹⁰ Gabriele von Mickwitz, Erhard Kroeger – ein deutsches Leben 1905–1987, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 42 (1995), S. 163-195.

¹¹ Ebenda, S. 177. Diese Konzentration auf das eigene Schicksal und die Beschreibung der Konflikte innerhalb der deutschbaltischen Eliten vergisst, dass Kroeger als Führer der nationalsozialistischen „Bewegung“ in Lettland über beste Kontakte zur „Volksdeutschen Mittelstelle“ und zur SS verfügte, in der er bereits seit dem 23. Oktober 1938 im Rang eines Obersturmbannführers Mitglied war (Allgemeine SS-Mitgliedsnummer 357 243), vgl. SSO-Akte Kroeger, Erhard, Bundesarchiv Berlin.

¹² Manfred Hellmann, Kein Grund zur Dankbarkeit. Die Umsiedlung der Deutschbalten und das Schicksal der Baltischen Staaten – Bemerkungen zu einem Buch von Dietrich A. Loeber, in: Baltische Briefe Nr. 5/6 (Mai/Juni 1973), S. 1-4. Hellmann nahm hierbei Bezug auf Loebers Werk „Diktierter Option“ (vgl. Anm. 16).

¹³ Wilhelm Lenz, Dort, wo andere vertrieben wurden, in: Baltische Briefe Nr. 10 (372) (Oktober 1979), S. 1 f.; Leserbriefe: Baltische Briefe Nr. 11 (373) (November 1979), S. 4.

¹⁴ Arved von Taube, damaliger Vorsitzender der Carl-Schirren-Gesellschaft, widersprach Hellmann, der nicht wahrhaben wolle, dass die Umsiedlung „Zehntausenden von Deutschen das Leben gerettet hat“. Taube bediente sich hier sogar eines Zitates von SS-Brigadeführer Ulrich Greifelt. Vgl. Baltische Briefe Nr. 7 (Juli 1973), S. 2 f.

oder zu einem Affront gegenüber den ehemaligen Opfern der nationalsozialistischen Aggressionspolitik“ werden lasse.¹⁵

Selbst die bis heute überaus nützliche Dokumentensammlung¹⁶ des Juristen Dietrich André Loeber war zunächst nicht als historisch-wissenschaftliche Studie zur Erforschung der Umsiedlungsproblematik gedacht, sondern war ein Auftragswerk der Baltischen Historischen Kommission im Kontext der Diskussion um das Bundeslastenausgleichsgesetz, das die Entschädigungsfrage regeln sollte.¹⁷ Erst mit Hans-Erich Volkmann thematisierte zu Beginn der 1980er Jahre ein Historiker außerhalb der baltischen Geschichtsschreibung das Thema „Umsiedlung“.¹⁸ Wenngleich Volkmanns Studie nicht erschöpfend war, gilt sie doch als Initialzündung für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung, eine Reihe weiterer Veröffentlichungen folgte.¹⁹ Michael Garleffs Projekt „Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich“ setzte eine umfassendere Auseinandersetzung mit dem deutschbaltischen Verhältnis zur Weimarer Republik und insbesondere zum nationalsozialistischen Deutschland in Gang.²⁰ Dabei diskutierte vor allem Lars Bosse ausführlich die deutschbaltische Umsiedlung anhand der zentralen Frage der Motivation und lieferte zugleich eine kenntnisreiche Schilderung der Ansiedlung im Reichsgau Wartheland.²¹ Vor allem der konkrete Verlauf der Umsiedlungsaktion

¹⁵ Claudia Kraft, Was kann die zeithistorische Forschung zum öffentlichen Erinnerungsdiskurs über Flucht und Vertreibung beitragen?, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003), H. 1: „Flucht und Vertreibung in europäischer Perspektive“, S. 42-48, zit. S. 43 f.

¹⁶ Dietrich André Loeber, Diktierte Option. Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland 1939-41. Neumünster 1972.

¹⁷ Hierauf verweist Lars Bosse in seinem Beitrag „Vom Baltikum in den Reichsgau Wartheland“, in: Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich, hrsg. v. Michael Garleff. Bd. 1, Köln 2001, S. 297-387 mit Anm. 12 und 58.

¹⁸ Hans-Erich Volkmann, Zur Ansiedlung der Deutschbalten im „Warthegau“, in: Zeitschrift für Ostforschung 30 (1981), S. 527-558.

¹⁹ Jürgen von Hehn, Die Umsiedlung der baltischen Deutschen. Das letzte Kapitel baltischdeutscher Geschichte. Marburg 1982; Benjamin Pinkus, Ingeborg Fleischhauer, Die Deutschen in der Sowjetunion. Geschichte einer nationalen Minderheit im 20. Jahrhundert. Baden-Baden 1987; Rex Rexheuser, Die Umsiedlung der Deutschbalten 1939. Versuch einer historischen Einordnung, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 36 (1989), S. 9-27.

²⁰ Auf dem 54. Baltischen Historikertreffen in Göttingen 2001 wurde das Forschungsprojekt schwerpunktmäßig diskutiert. Vgl. Baltische Briefe 54 (2001), Nr. 7/8, S. 11 ff. Mit Hartmut Rüß, Timm C. Richter und dem Autor dieses Aufsatzes war eine Forschungsgruppe aus Münster vertreten, die sich dem Thema aus militär- und zeitgeschichtlicher Perspektive näherte. Die Ergebnisse werden im für 2007 angekündigten zweiten Band von „Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich“, hrsg. v. Michael Garleff, vorgestellt.

²¹ Bosse, Reichsgau Wartheland (wie Anm. 17). Zur Ansiedlung siehe auch Matthias Schröder, Die Umsiedlung der Deutschbalten in den ‚Warthegau‘ 1939/40 im Kontext nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik, in: Kontrapunkt. Vergangenheitsdiskurse und Gegenwarts-

wurde von Bosse sehr eingehend beschrieben. Hinsichtlich der Rolle Erhard Kroegers innerhalb der deutschbaltischen NS-Bewegung und seiner Rolle bei der Umsiedlung kann auf die aktuelle Studie des Verfassers verwiesen werden.²²

Die Genesis der Umsiedlung

Im März 1938 erklärte Hermann Göring, „dass sich das Deutsche Reich in jeder Hinsicht als Beschützer und Verteidiger aller Deutschen“ betrachte, „die Deutschen außerhalb der Reichsgrenze eingeschlossen.“²³ Das Verhältnis nationalsozialistischer Eliten zu den so genannten „Volksdeutschen“²⁴ war inspiriert durch die nationalsozialistische „Blut-und-Boden“-Ideologie, die eine umfassende demografische Umgestaltung des osteuropäischen Raumes vorsah. Bereits in Hitlers „Mein Kampf“ ist dies mit Verweis auf die lange Tradition „germanischer Eliten“ in Osteuropa nachzulesen: „Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. (...) Die Organisation eines russischen Staatsgebildes war nicht das Ergebnis der staatspolitischen Fähigkeiten des Slawentums in Russland, sondern vielmehr nur ein

verständnis, hrsg. v. Sabine Mecking u. Stefan Schröder. Essen 2005, S. 57-70. Vgl. weiter: Czesław Łuczak, Die Ansiedlung der deutschen Bevölkerung im besetzten Polen 1939-1945, in: *Studia Historiae Oeconomicae* 13 (1978), S. 193-205, und Janusz Sobczak, Ethnic Germans as the Subject of the Nazi Resettlement campaign during the Second World War, in: *Polish Western Affairs* 8 (1967), H. 2, S. 63-95. Neue Erkenntnisse zum Kontext von Ansiedlung und NS-Vernichtungspolitik liefert Michael Alberti, *Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939-1945*. Wiesbaden 2006 (Deutsches Historisches Institut Warschau – Quellen und Studien. 17).

²² Matthias Schröder, *Deutschbaltische SS-Führer und Andrej Vlasov 1942-1945. ‚Rußland kann nur von Russen besiegt werden‘*. Erhard Kroeger, Friedrich Buchardt und die ‚Russische Befreiungsarmee‘. 2. Aufl., Paderborn 2003.

²³ Hermann Göring in: „Der Volksdeutsche“ vom 1. März 1938, zit. n. Pinkus, Fleischhauer, *Die Deutschen* (wie Anm. 19), S. 209.

²⁴ Die Bezeichnungen „Baltendeutsche“ und „Volksdeutsche“ entstammen nationalsozialistischer Terminologie. Der Begriff „volksdeutsch“ diente der Kennzeichnung aller im Ausland lebenden Personen deutscher Abstammung und implizierte eine überstaatliche Volksgemeinschaft „deutschen Blutes“. Der Ausdruck „Baltendeutsche“ wird hier und im Folgenden im direkten zeitgenössischen Kontext verwendet. In deutschbaltischen Kreisen wird die Bezeichnung „baltendeutsch“ heute in der Regel nicht mehr verwendet. Allerdings benutzten nicht nur nationalsozialistische Quellen und Darstellungen den Begriff „Baltendeutscher“, sondern auch zahlreiche Autoren der unmittelbaren Nachkriegszeit, deutschbaltische Autoren eingeschlossen.

wundervolles Beispiel für die staatenbildende Wirksamkeit des germanischen Elementes in einer minderwertigen Rasse.“²⁵

Wenngleich die politische Situation im Baltikum der 1930er Jahre an dieser Stelle nicht ausführlich thematisiert werden kann,²⁶ muss vor allem eine Hinwendung der jüngeren deutschbaltischen Generation zum Nationalsozialismus konstatiert werden.²⁷ Den im Rahmen des Münchener Abkommens erreichten „Anschluss“ des Sudetengebietes und Hitlers Ausspruch, dies sei die letzte territoriale Forderung Deutschlands, hatte der Führer der nationalsozialistischen deutschbaltischen „Bewegung“ in Lettland, Dr. Erhard Kroeger,²⁸ dahingehend kommentiert, dass Hitler nirgends in der Welt die Unterdrückung deutscher Minderheiten dulden werde. Aus einer anderen Erklärung Hitlers wird vielmehr deutlich, dass auch in Lettland die Volksdeutschen auf die Unterstützung des Führers und des mächtigen Deutschen Reiches rechnen könnten. Auf der Jahresfeier des Herder-Institutes in Riga im Oktober 1938 stellte sich der Vertreter der „Volksdeutschen Mittelstelle“,²⁹ Dr. Hermann Behrends,

²⁵ Zitat aus Adolf Hitler, *Mein Kampf*. 479.-483. Aufl., München 1939, S. 742 f.

²⁶ Michael Garleff, *Deutschbaltische Politik zwischen den Weltkriegen. Die parlamentarische Tätigkeit der deutschbaltischen Parteien in Lettland und Estland*. Bonn/Bad Godesberg 1976 (Quellen und Studien zur Baltischen Geschichte. 2), sowie der Sammelband in Anm. 17. Weiter: Hans-Erich Volkmann, *Ökonomie und Machtpolitik. Lettland und Estland im politisch ökonomischen Kalkül des 3. Reiches*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 2 (1976), S. 471-500; Falk Lange, *Lettland und seine baltischen Nachbarn in den Konzeptionen nationalsozialistischer Außenpolitik*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 46 (1997), S. 500-512; Jürgen von Hehn, *Lettland zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Geschichte des Lettländischen Staatsstreichs vom 15.5.1934*. München 1957.

²⁷ Vgl. Niels von Redecker, *Victor von zur Mühlen und die nationalsozialistische Bewegung im estländischen Deutschtum. Eine biographische Annäherung*, in: *Deutschbalten* (wie Anm. 17), S. 77-118, hier S. 89 ff., sowie die Beiträge von Jürgen von Hehn, *Zur Geschichte der deutschbaltischen nationalsozialistischen Bewegung in Estland*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 26 (1977), S. 597-616 und Wilhelm Wrangell, *Die Vorgeschichte der Umsiedlung der Deutschen aus Estland*, in: *Baltische Hefte, Sonderdruck* 4 (1957/58), H. 3.

²⁸ Zur Person Erhard Kroegers sowie der deutschbaltischen NS-Bewegung in Lettland vgl. Schröder, *Deutschbaltische SS-Führer* (wie Anm. 22), S. 17-79.

²⁹ Die „Volksdeutsche Mittelstelle“ (VoMi) wurde Ende 1936 als Dienststelle der NSDAP im Auswärtigen Amt gegründet, die im Einvernehmen mit der SS und der NSDAP eine „aktive Volkstums-Politik“ im Ausland betreiben sollte. Siehe dazu Valdis O. Lumans, *Himmler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe 1933-1945*. London 1993. Die Leitung der VoMi hatte ab Februar 1937 SS-Gruppenführer Werner Lorenz inne und sicherte Himmlers Einfluss auf die „Volkstumsarbeit“. Zunehmend an Einfluss verlor hingegen der „Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA)“ unter Dr. Hans Steinacher. Siehe dazu Valdis O. Lumans, *Werner Lorenz. Chef der „Volksdeutschen Mittelstelle“*, in: *Die SS. Elite unter dem Totenkopf*, hrsg. v. Ronald Smelser u. Enrico Syring. Paderborn 2000, S. 332-345, und Hans Steinacher: *Bundesleiter des VDA 1933-1937. Erinnerungen und Dokumente*, hrsg. v. Hans-Adolf Jacobsen. Boppard a.R. 1970. Mit Kriegsbeginn unterstellte Himmler die „Volksdeutsche Mittelstelle“ seinem neu gegründeten Amt eines „Reichskommissars für die Festigung

hinter Kroeger und erklärte, er sei aufgrund einer persönlichen Vollmacht des Führers ermächtigt festzustellen, dass dem Ausspruch des Führers die weitestgehende Interpretation gegeben werden könne und dass überall auf der Welt die deutschen Minderheiten, ebenso wie die Sudetendeutschen, auf den starken Schutz des Führers rechnen könnten.³⁰

In Parallelität zum Deutschen Reich hatte sich bereits vor der Umsiedlung in Lettland die Machtausübung innerhalb der „Deutschen Volksgemeinschaft“ von einer demokratisch legitimierten Exekutive hin zu den nationalsozialistischen Repräsentanten der „Bewegung“ verschoben. Erhard Kroeger repräsentierte als „Landesleiter“ die nationalsozialistische deutschbaltische „Bewegung“ und damit aus Sicht des Deutschen Reiches die künftige Führung der Volksgruppe in Lettland. Der lettische Außenminister Munters beklagte daher 1939 resigniert, dass eine Verständigung zwischen Letten und Deutschbalten „außerordentlich schwierig“ geworden sei, da die ältere deutschbaltische Generation „in Ressentiments“ verstrickt sei und nicht vergessen könne, in Lettland einst eine führende Rolle gespielt zu haben, während die jüngere „unter einer falsch verstandenen nationalsozialistischen Narkose“ stehe.³¹ In Estland hingegen verfügten die Nationalsozialisten über eine zersplitterte Bewegung, deren Bedeutung daher insgesamt weniger zum Tragen kam, wie Niels von Redecker betont: „Wie gering die politische Bedeutung der estländischen – insbesondere im Vergleich mit der lettländischen – Bewegung geblieben war, zeigt sich daran, dass ihre Führer in den im Reich erscheinenden Schriften zur Bewegung unter den Deutschbalten nur am Rande oder gar nicht erwähnt wurden. Auch bei der Umsiedlung spielte sie keine so hervorragende Rolle wie Erhard Kroegers Bewegung.“³²

Der überraschende Abschluss des Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrages am 23. August 1939 bedeutete für die deutschbaltischen Volksgruppen eine unerwartete außenpolitische Wende, beson-

deutschen Volkstums“. Im Juni 1941 wurde das „SS Hauptamt Volksdeutsche Mittelstelle“ gegründet. Geschäftsverteilungsplan des „Reichskommissariats für die Festigung des deutschen Volkstums“ (RKF), Amt V/Finanzverwaltung, 1.8.1942, Bundesarchiv Berlin, SS-HO 3702, S. 12.

³⁰ Bericht des Deutschen Gesandten von Schack an das Auswärtige Amt vom 29.10.1938 über die Auseinandersetzung zwischen Kroeger und Esp, 3 Seiten, Politisches Archiv, Ausw. Amt/Hist. Ref., Po 9c, Bd. 2.

³¹ Zit. nach Inesis Feldmanis, Die Deutschbalten: Ihre Einstellung zum Nationalsozialismus und ihr Verhältnis zum Staat Lettland (1933–39), in: Nordost-Archiv N.F. V (1996), H. 2, S. 363–386, hier S. 385 f.

³² Redecker, Victor von zur Mühlen (wie Anm. 27), zit. S. 103.

ders hinsichtlich der sowjetischen Interessen im Baltikum. Bereits am 23. September 1939, kurz nach dem deutschen Überfall auf Polen, reiste Alfred Intelmann als Präsident der Volksgemeinschaft in Lettland zusammen mit Erhard Kroeger nach Berlin. Während Intelmann unter Aufsicht zweier SD-Mitarbeiter über Königsberg und Elbing in Richtung Danzig fuhr, wurde Kroeger bereits in Königsberg von seinem Freund und Kontaktmann in Deutschland, Dr. Friedrich Buchardt,³³ erwartet. Ohne Wissen Intelmanns hatte Erhard Kroeger Buchardt kontaktiert, da er beabsichtigte, intern mit den Dienststellen der Waffen-SS und Wehrmacht über deutschbaltische Kriegsfreiwillige zu sprechen. Buchardt und Kroeger reisten separat zum Führerhauptquartier nach Zoppot und trafen dort mit Kontaktleuten der Volksdeutschen Mittelstelle zusammen.³⁴ Buchardt, der seit 1936 für SD-Dienststellen arbeitete, war von seinem Amtschef Otto Ohlendorf instruiert worden, Kroeger als „Landesleiter der nationalsozialistischen Bewegung in Lettland“ zum Führerhauptquartier zu bringen. Kroeger sollte dort von Himmler persönlich über die Folgen des Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrages für die Deutschbalten informiert werden. Während Buchardt nach eigenen Angaben bereits in Berlin durch Otto Ohlendorf Kenntnis vom geheimen Zusatzprotokoll im Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag erhalten und Kroeger unverzüglich informiert hatte, reiste Intelmann als offizieller Delegationsleiter ohne derartige Informationen nach Zoppot.

Am 25. September 1939 informierte Himmler Erhard Kroeger noch in der Nacht über die Geheimabsprachen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion, die eine Aufteilung der Interessensphären und den deutschen Verzicht auf das Baltikum beinhalteten. Während dieses 90-minütigen Gesprächs schlug Kroeger dem Reichsführer-SS die Evakuierung und Umsiedlung der gesamten deutschbaltischen Volksgruppe in das Deutsche Reich vor.³⁵ Kroeger

³³ Eine ausführliche Biografie Friedrich Buchardts findet sich bei Schröder, *Deutschbaltische SS-Führer* (wie Anm. 22), S. 80-112. Siehe auch Timm C. Richter, Hartmut Rüß, Matthias Schröder, *Die Behandlung des Russischen Problems während der Zeit des NS-Regimes. Quellenkritische Untersuchung zu einem unveröffentlichten Manuskript Friedrich Buchardts*, in: *Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich*, hrsg. v. Michael Garleff, Bd. 2 (voraussichtlich Köln 2007).

³⁴ Vgl. zu den Ereignissen im Vorfeld der Umsiedlung den Bericht von Friedrich Buchardt, *Im Interesse des Reiches* (wie Anm. 8) sowie den Bericht Alfred Intelmanns (wie Anm. 4), S. 90 ff.

³⁵ In einem Interview der *Baltischen Briefe* mit Kroeger zu seiner Unterredung mit Himmler in Zoppot am 25. September 1939 erklärte Kroeger: „Es trifft zu, dass ich bei Himmler keine Voraussetzungen dafür vorfand, eine Gesamtumsiedlung der deutschen Volksgruppen in Lettland und Estland auch nur im entferntesten vorzusehen.“ Zit. aus „Gefahr für Leib

habe, wie Götz Aly schreibt, Himmler den Vorschlag zur Umsiedlung aller Deutschbalten unterbreitet und darauf verwiesen, dass „der allergrößte Teil des baltischen Deutschtums unter bolschewistischer Besatzung im höchsten Maße als bedroht angesehen werden müsse. (...) Keine Volkstumsführung könne es verantworten, einen Teil, wie groß oder klein auch immer, als ungefährdet zu bezeichnen und von der Ausreise auszuschließen.“³⁶ Erhard Kroeger beanspruchte nach dem Krieg, in seiner Unterredung mit Himmler die Initialzündung zur Umsiedlung aller Deutschbalten geliefert zu haben.³⁷ Gleichwohl sind Inhalt und Verlauf des Gesprächs in Zoppot bislang nur durch Kroeger und Buchardt überliefert, so dass Lars Bosse an der politischen Urheberschaft Kroegers zweifelt: „Dem heutigen Leser der Zeilen Kroegers drängt sich der Gedanke einer nachträglichen Rechtfertigung auf und das Bemühen, als wollte Kroeger versteckt sagen, dass er allein die Deutschbalten gerettet hätte.“³⁸

Bereits am Morgen nach der gemeinsamen Besprechung teilte Himmler Kroeger mit, dass Hitler mit Kroegers Vorschlag einverstanden sei, Außenminister Ribbentrop werde sich unverzüglich um eine Einigung mit der Sowjetunion bemühen. Kroeger und Intelmann blieben bis Anfang Oktober 1939 in Berlin, um die Umsetzung der zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion am 28. September 1939 geschlossenen geheimen Vereinbarung zur Umsiedlung der Deutschen aus den baltischen Staaten vorzubereiten. Am 28. Oktober 1939 teilte Kroeger Intelmann mit, dass der Reichsführer-SS Himmler ihn in seiner Funktion als Landesleiter der „Bewegung“ zugleich als Vertreter aller Deutschen aus Lettland und Estland ansehe. Er sei daher zum SS-Standartenführer ernannt worden. Mit Befehl vom 3. November 1939 beauftragte Himmler in seiner neuen Eigenschaft als „Reichskommissar für die Festigung des Deutschen Volkstums“ „den Führer der Volksdeutschen im Baltikum, SS-Standartenführer Dr. Kröger, der Leiter der Auswanderung

und Leben aller baltischen Landsleute“ (wie Anm. 8). Kroegers Darstellung wird durch die Tatsache gestützt, dass die Umsiedlungsaktion „alle Merkmale einer hektischen Improvisation“ trug, wie Rexheuser feststellt, und offensichtlich erst im September/Oktober 1939, in der letzten Phase der Vorbereitung des Deutsch-Sowjetischen Abkommens, erwogen worden ist. Vgl. Rexheuser, *Umsiedlung* (wie Anm. 19), hier zit. S. 19.

³⁶ Zit. Erhard Kroegers nach Götz Aly, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden. Frankfurt a.M. 1999, S. 39. Aly konstatiert, Himmlers Entscheidung sei so gefallen, „wie Kroeger sie vorgeschlagen hatte“, ebenda.

³⁷ Weiss, *Zur Umsiedlung* (wie Anm. 4), S. 486 mit Anm. 6.

³⁸ Zit. Bosse, *Reichsgau Wartheland* (wie Anm. 17), S. 353 und 299.

der Deutschen aus Estland und Lettland ist, in Posen eine volksdeutsche Einwanderer-Beratungsstelle aufzumachen“.³⁹

Vom Baltikum in den Reichsgau Wartheland

Die generalstabsmäßig von den Volksgruppen organisierte Umsiedlung verlief nicht ohne Probleme. Dennoch schätzten viele Umsiedler im Rückblick den Verlauf als geordnet ein, ganz im Gegensatz zur Ansiedlung im Warthegau. Das recht idealisierte Bild vom sog. „Mutterland“, dem Deutschen Reich, wurde beim ersten Kontakt mit den nationalsozialistischen Behörden schnell zerstört. Das erste von 18 Schiffen verließ Estland am 18. Oktober 1939, das letzte Schiff Reval am 15. November 1939. Das erste Schiff mit Lettlanddeutschen stach am 7. November 1939 von Riga aus in See, nach ca. 100 Transporten wurde nur einen Monat später die Aussiedlung von rund 65 000 Menschen aus dem Baltikum beendet. Mit Erreichen des Warthegaus hörten offiziell die Volksgruppen und ihre Organisationen zu bestehen auf. Die Ansiedlung folgte einem Konzept für den Aufbau annektierter Ostgebiete, in dem der Warthegau ein Musterland mit einer agrarischen Struktur werden sollte. Wie Hans-Erich Volkmann betont, machte eine an diesem Vorhaben ausgerichtete Siedlung eine genaue Erfassung der Umsiedler nach Berufsgruppen notwendig. Diese habe ergeben, dass „die Umsiedler aus Est- und Lettland sich in vorteilhafter Weise mit dem anderen zur Ansiedlung im Warthegau vorgesehenen Auslandsdeutschtum, das überwiegend bäuerlicher Herkunft war, ergänzte.“⁴⁰

Schon bei der Wohnungssuche traten allerdings große Probleme auf, vor allem, weil die aus den Städten Reval und Riga stammenden Umsiedler in der Stadt Posen oder anderen Städten bleiben und nicht in die ländlichen Gebiete ziehen wollten. Einem Bericht Erhard Kroegers aus dem Jahr 1940 zufolge verteilte sich die Ansiedlung der baltischen Umsiedler wie folgt: Insgesamt seien 51 000 Menschen im Warthegau und 11 000 im ‚Reichsgau Westpreußen‘ angesiedelt worden, davon in den größeren Städten „in Posen 29 000, Litzmannstadt

³⁹ Befehl des RKF Heinrich Himmler vom 3.11.1939, Institut für Zeitgeschichte München, MA 125/13, Blatt 7133.

⁴⁰ Volkmann, Ansiedlung (wie Anm. 18), S. 536.

zirka 8 800, Gotenhafen 2 800, Kalisch 2 000, Bromberg 1 800, Gnesen 1 700, Leslau 1 300.“⁴¹

Während der schleppenden Einbürgerung und der Wohnungssuche vergingen meist zwei Monate, bis eine passende Wohnung gefunden werden konnte. Den Umsiedlern wurden überwiegend Wohnungen vertriebener Juden und Polen angeboten. Da der Wohnraum häufig in ärmlichen Gebieten lag, erzeugte die Zuteilung Unmut und Unbehagen unter den Umsiedlern und die schlechte Wohnungsqualität führte zu einer Beschwerdeflut. 40-50% der Wohnungen wurden seitens der Einwandererberatungsstelle als schlecht eingestuft. Verärgert seien die Deutschbalten über die Tatsache gewesen, so Lars Bosse, dass es sich bei den überlassenen Wohnungen nicht um den versprochenen Naturalersatz gehandelt habe: „Das Wissen, an unrechtmäßigen Handlungen (...) beteiligt zu sein, und als Eindringling in noch wohnwarme Häuser zu kommen, war bei den Umsiedlern allgegenwärtig und ließ sich nicht verdrängen, wenn die Wohnungen noch möbliert waren und alle Anzeichen auf eine überhastete ‚Abreise‘ der Vermieter deuteten.“⁴²

Jürgen Ernst Kroegers Erinnerungsbericht verdeutlicht dies exemplarisch: „Ein sehr sonderbares Gefühl befiel uns, als wir ‚unsere‘ neue Wohnung betraten. (...) Die Polen müssen sehr plötzlich aus der Wohnung geworfen worden sein. Auf dem Speisetisch stand Geschirr, in der Küche befanden sich in einer Schüssel geschälte Kartoffeln. Auch hingen Kleider in den Schränken (...) Ein Bekannter berichtete mir später, dass es mehrere so genannte ‚Räumkommandos‘ gibt, welche die Polen aus ihren Wohnungen hinauswerfen. Die Hinausgeworfenen werden in Sammeltransporten ins Generalgouvernement abgeschoben. Was aus ihnen wird, weiß kein Mensch.“⁴³

Ein weiteres zentrales Problem der Umsiedler stellte die Arbeitsplatzsuche dar. Lediglich 22% der Deutschbalten waren in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Zudem glaubte man, nach freiwilliger Umsiedlung Anspruch auf freie Arbeitsplatzwahl zu haben, denn die massive Propaganda hatte die Erwartungen hoch geschraubt und gute berufliche Perspektiven versprochen. Gute Chancen gab es für Deutschbalten in der Verwaltung, in Schulen und der neu gegründeten „Reichsuniversität Posen“. Schwierigkeiten bereitete die

⁴¹ Erhard Kroeger, Der Einsatz der Baltendeutschen in den Ostgauen, in: Deutsche Kultur im Osten. Volkspolitische Zeitschrift für die Ziele deutscher Arbeit im In- und Auslande 17 (1940), H. 3, S. 81 ff., hier S. 82.

⁴² Zit. Bosse, Reichsgau Wartheland (wie Anm. 17), S. 317.

⁴³ Kroeger, So war es (wie Anm. 4), zit. S. 36 f.

Berufsanerkennung von Ärzten und Rechtsanwälten, und, oftmals aus politischen Gründen, die Integration von Journalisten und Künstlern. Häufig besser gestellt als vorher waren deutschbaltische Gutsbesitzer, die Höfe mit einer Durchschnittsfläche von 250 Hektar bewirtschafteten. Rund 2 000 baltische Gutsbesitzer bewirtschafteten 5% der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Warthegaus. Bis Mitte 1940 hatte rund die Hälfte aller Umsiedler eine Beschäftigung. Erhard Kroegers Bilanz aus dem Jahr 1940 dürfte indes, verglichen mit den Zahlen Lars Bosses, aus Gründen der Selbstdarstellung „nach oben geschönt“ sein. So hätten 3 000 landwirtschaftliche Betriebe im Warthegau treuhänderisch übernommen werden können, im Handwerk würden etwa 1 000, in Handel und Industrie etwa 3 000 Betriebe von Deutschbalten geführt. Weiter seien 500 Lehrer, 45 Dozenten und Hochschullehrer, 201 Ärzte, 190 Ingenieure eingestellt und über 2 000 „baltendeutsche Rücksiedler“ in der Reichspost übernommen worden.⁴⁴ Das Lohnniveau im Warthegau betrug jedoch nur 70% des alten Lohnes, so dass Bosse aufgrund von Untersuchungen zu Kaufkraft und Preisniveau konstatiert, dass sich die Lebensqualität für die meisten deutschbaltischen Umsiedler leicht verschlechtert habe, aber allgemein doch von einer guten Wiederherstellung der materiellen Grundlagen gesprochen werden konnte.⁴⁵

Die vermögensrechtlichen Fragen der Umsiedlung bearbeitete die Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft m.b.H. (DUT), deren Aufsichtsrat Erhard Kroeger angehörte.⁴⁶ Die Berliner DUT kooperierte eng mit der Haupttreuhandstelle Ost (HTO), die Hermann Göring als dem Beauftragten für den Vierjahresplan nachgeordnet war und das gesamte requirierte jüdische und polnische Vermögen erfasste, verwaltete und einer „Verwertung“ zuführte.⁴⁷ Die Deutschbalten erhielten von allen Vertragsumsiedlern den höchsten Ausgleich für zurückgelassenes Vermögen. Vor allem bei der Übernahme von Handelsbetrieben profitierten deutschbaltische Umsiedler erheblich, wie Rosenkötter feststellt: „Insbesondere im Handelssektor führte der schnelle ‚Einsatz‘ der Baltendeutschen also zu einer erheblichen Beanspruchung der vorhandenen Betriebe, die prozentual wesentlich

⁴⁴ Kroeger, Einsatz der Baltendeutschen (wie Anm. 41), S. 82.

⁴⁵ Bosse, Reichsgau Wartheland (wie Anm. 17), S. 318 ff.

⁴⁶ Liste der DUT-Aufsichtsratsmitglieder vom 3.11.1939, Institut für Zeitgeschichte München, NO-2409.

⁴⁷ Jeanne Dingell, Zur Tätigkeit der Haupttreuhandstelle Ost. Treuhandstelle Posen 1939 bis 1945. Frankfurt a.M. 2003, und Bernhard Rosenkötter, Treuhandpolitik. Die ‚Haupttreuhandstelle Ost‘ und der Raub polnischer Vermögen 1939–1945. Essen 2003.

höher lag als das Verhältnis, das sich aus einer rein summarischen Gegenüberstellung der Zahlen festgestellter polnischer Handelsgeschäfte einerseits und der Anzahl ‚geeigneter‘ Umsiedler andererseits ergab. So habe es die ausschließlich deutschbaltischen Umsiedlern vorbehaltene Praxis so genannter „ex-tunc“-Verkäufe gegeben: Diese Regelung umfasste eine Rückdatierung von Kaufverträgen und bewirkte, so Rosenkötter, „dass den Baltendeutschen – im Gegensatz zu den volksdeutschen Käufern – von der HTO [Haupttreuhandstelle Ost; M. S.] rückwirkend der gesamte Gewinn überlassen wurde, der während der kommissarischen Verwaltung erwirtschaftet worden war“.⁴⁸ Viele im Warthegau ansässige Volksdeutsche hätten sich bei der Verteilung des polnischen Vermögens benachteiligt gefühlt. Dies sei der materielle Hintergrund des Unmuts gewesen, der den Deutschbalten im Warthegau entgegenschlug und der sich in dem Vorwurf eines aus der Sicht der Gauverwaltung und der ansässigen Volksdeutschen unangemessenen „Herrenmenschentums“ geäußert habe.⁴⁹

In Erhard Kroegers Arbeitsumfeld fiel ebenfalls die Zusammenarbeit mit sämtlichen Dienststellen der SS-Verwaltung im „Siedlungsgebiet Warthegau“.⁵⁰ Unverblümt äußerte er selbst sich zur Praxis des sog. Vermögensausgleiches von DUT und HTO sowie der Ansiedlung von Deutschbalten im Warthegau auf Kosten der ansässigen polnischen und jüdischen Bevölkerung und rechtfertigte die „ethnische Flurbereinigung“ 1976 auf einer Tagung der deutschbaltischen Carl-Schirren-Gesellschaft unter Berufung auf das Recht der Wiedergutmachung durch Faustrecht.⁵¹

Rex Rexheuser verwies darauf, dass auf deutschbaltischer Seite „in der Bedrängnis des Augenblicks“ nicht bemerkt worden sei, dass man „dort Rettung suchte, wo das Verhängnis seinen Ursprung hatte, dass der Täter das Opfer vor den Folgen der Tat schützen sollte.“ Dies gehöre zu den „düsteren Paradoxien, von denen die Geschichte dieser

⁴⁸ Rosenkötter, *Treuhandpolitik* (wie Anm. 47), insbesondere das Kapitel „Die Neuordnung des Handels... Die Einsetzung der Baltendeutschen“, S. 191-197, zit. S. 196 f.

⁴⁹ Ebenda, S. 197.

⁵⁰ Willi A. Boelcke, *Die deutsche Wirtschaft 1930-1945*. Interna des Reichswirtschaftsministeriums. Düsseldorf 1983, S. 261 ff.

⁵¹ Aussagen Kroegers wiedergegeben nach dem Tagungsbericht von Gert von Pistohlkors „Auf dem Prüfstand“, in: *Baltische Briefe* Nr. 11 (November 1976), S. 3 f. An anderer Stelle meinte Kroeger, die Deportationen und die Begünstigung des Anspruchsdenkens auf Kosten anderer seien mit dem Recht des Siegers erklärbar, dem bereits in der Antike der gesamte Besitz des Kriegsgegners verfallen gewesen sei; Kroeger, *Auszug* (wie Anm. 5), S. 188.

Jahre“ viele gekannt hätte.⁵² Und weiter stellte Rexheuser fest, dass den Preis für die Rettung der Deutschbalten vor dem stalinistischen Regime letztlich die polnische Bevölkerung zu zahlen hatte. Außerdem habe den Balten, wie dem ganzen Volke, die Kraft gefehlt, sich allein aus der nationalsozialistischen Verstrickung zu lösen: „Die Befreiung wurde von außen verhängt und bezahlt mit der Zerstörung des Reiches und dem Zusammenbruch des deutschen Ostens, in den die Balten noch einmal als Flüchtlinge und Vertriebene mit hineingerissen worden sind. Auch dieser Preis war hoch, ein anderes Glied in der bitteren Reihe zeitgenössischer Paradoxe.“⁵³ Rexheusers Einschätzung weist der deutschbaltischen Volksgruppe innerhalb der Umsiedlung eine eher passive Rolle zu, die des Opfers, und charakterisiert den Vorgang der Umsiedlung entsprechend der tradierten Meinung als „Rettungsaktion“ vor dem Stalinismus. Obwohl ein Zusammenhang zwischen der Umsiedlung und der Vertreibung und Ermordung von Polen und Juden im Warthegau gesehen wird, verweist Rexheuser auf die Schicksalhaftigkeit der Ereignisse: „Insgeheim war es doch Nötigung, die erste in jener langen Reihe von Vertreibungen, die der neue Weltkrieg entfesselte. Auch in den zweiten Akt wurden die Deutschbalten ohne Absicht, aber sehenden Auges verwickelt. Das Dritte Reich siedelte sie in den neu gebildeten Gauen Wartheland und Danzig-Westpreußen an (...). Um Platz für die deutschen Umsiedler zu schaffen, deportierte man große Teile der polnischen Bevölkerung in das Generalgouvernement. Bei Kriegsende dann, als sich die Richtung der Gewalt umkehrte, teilten die Balten das Schicksal aller Deutschen im Osten. Die Vertreibung hat sie nach Westen gestoßen und weit verstreut über die deutschen Teilstaaten und die Welt.“⁵⁴

Die bevölkerungspolitischen Verschiebungen stellten keineswegs unzusammenhängende oder gar paradoxe Vorgänge dar, ihnen war eine spezifische Logik eigen, wie besonders Götz Aly in aller Deutlichkeit betonte. Seine These, die Ansiedlung deutschbaltischer Volksgruppen im Warthegau hänge funktional mit der Vertreibung und Vernichtung von Polen und Juden zusammen,⁵⁵ sorgte für eine neue

⁵² Rexheuser, Umsiedlung (wie Anm. 19), S. 15 f.

⁵³ Ebenda, S. 23.

⁵⁴ Rex Rexheuser, Die Deutschbalten. Ein Überblick über ihre Geschichte. Lüneburg 1991, zit. S. 18.

⁵⁵ Aly, Endlösung (wie Anm. 36), S. 397 f. Zu einem ähnlichen Urteil kommt auch Ute Schmidt in ihrer Fallstudie zum ‚Transfer‘ der Bessarabiendeutschen: „Während die Umsiedlung den betroffenen volksdeutschen Gruppen als ‚Rettungsaktion‘ erschien, diente sie dem NS-Regime vor allem als Instrument einer langfristig angelegten Raumplanung und Siedlungspolitik“. Zit. aus Ute Schmidt, Der ‚Reichskommissar für die Festigung

Dimension in der historiografischen, aber auch der moralischen Bewertung der deutschbaltischen Umsiedlung, entsprechend Manfred Hellmanns einstiger Forderung. Lars Bosse betonte ebenfalls den Zusammenhang zwischen Umsiedlung und Ansiedlung und verwies auf den Besiedlungsplan für das Reichsgau Wartheland, nach dem die „Germanisierung“ durch die Vertreibung der polnischen Bevölkerung und anschließende Ansiedlung „deutscher Siedler“ erfolgen sollte.⁵⁶ Michael Albertis Untersuchung zum „Reichsgau Wartheland“ verdeutlicht die Dynamisierung und Radikalisierung des Prozesses der „Germanisierung“. Auf die erste Phase der Ermordung und Verfolgung der polnischen Intelligenz sei die Vertreibung der polnischen und jüdischen Bevölkerung in das Gebiet des Generalgouvernements gefolgt. Dabei habe Hitler selbst am 17. Oktober 1939 festgestellt, dass die Durchführung der volkspolitischen Maßnahmen im besetzten Polen „keine gesetzliche Bindungen“ gestatte.⁵⁷ Die Strategie einer forcierten Vertreibung aller „Fremdvölkischen“ sei nach der Umsiedlung „volksdeutscher“ Gruppen den Ansiedlungsbedürfnissen gefolgt: „Juden waren vor allem im Rahmen des 1. Nahplans von den Umsiedlungen betroffen, als Wohnungen, Geschäfte und Werkstätten für die Baltendeutschen in den Städten benötigt wurden.“⁵⁸

Unumstritten ist Götz Alys These unter deutschbaltischen „Betroffenen“ keineswegs, rührt sie doch an ein weiteres Thema verdrängter Geschichte, die aktive Beteiligung deutschbaltischer Nationalsozialisten an NS-Verbrechen. Aly betonte, erst der Zwang zur raschen „Rücksiedlung“ der Deutschen aus dem Baltikum im Herbst 1939 habe die Politik der „ethnischen Flurbereinigung“ im Sinne Hitlers in Polen derart überstürzt und improvisiert verlaufen lassen.⁵⁹ Der Gedanke einer Ansiedlung der Deutschbalten an den „Marken

deutschen Volkstums‘. Fallbeispiel Transfer der Bessarabiendeutschen, in: Das organisierte Chaos. ‚Ämterdarwinismus‘ und ‚Gesinnungsethik‘: Determinanten nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft, hrsg. v. Gerhard Otto u. Johannes Houwink ten Cate. Berlin 1999, S. 199-230, hier S. 205.

⁵⁶ Bosse, Reichsgau Wartheland (wie Anm. 17), S. 297.

⁵⁷ Michael Alberti, „Exerzierplatz des Nationalsozialismus“. Der Reichsgau Wartheland 1939–1941, in: Genesis des Genozids. Polen 1939–1941, hrsg. v. Klaus-Michael Mallmann u. Bogdan Musial. Darmstadt 2004, S. 111-126, hier S. 115 mit Anm. 33.

⁵⁸ Ebenda, S. 115 f.

⁵⁹ Aly, Endlösung (wie Anm. 36), S. 45. Hitler hatte dieses Ziel in seiner Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939 erklärt: „(...) in dem Raum westlich der deutsch-sowjetischen Demarkationslinie“ erfolge die „Ordnung des gesamten Lebensraumes nach Nationalitäten, d.h. eine Lösung jener Minoritätenfragen“. Hitler verwies an dieser Stelle darauf, dass „in diesem Zusammenhang (...) der Versuch einer Ordnung und Regelung des jüdischen Problems“ unternommen werden müsse. Reichstagsrede Hitlers vom 6.10.1939, zit. nach Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–45. Bd. 2, München 1963, S. 1391.

des Reiches“, wie Erhard Kroeger es gegenüber Heinrich Himmler vorgeschlagen hatte,⁶⁰ setzte die nationalsozialistische Exekutive hinsichtlich der Schaffung eines „Judenreservates“ im „Generalgouvernement“ unter enormen Handlungsdruck. Argumentiert man an dieser Stelle von den Folgen der Baltenumsiedlung her, so ist Aly zuzustimmen, der urteilt, dass „die kurzfristig beschlossene Umsiedlung der Baltendeutschen (...) die Versuche Heydrichs zur schnellen Vertreibung der Juden nachhaltig“ beeinflusst habe.⁶¹

Erhard Kroeger hatte dem Reichsführer-SS Himmler eine reibungslose Organisation der Umsiedlung mit Hinweis auf die Geschlossenheit der Volksgruppe versichert. Es bestand nun die Notwendigkeit, für die in wenigen Wochen „heimkehrenden“ Deutschbalten Platz zu schaffen. Dass der zum „Führer der Deutschen aus dem Baltikum“ avancierte Kroeger vom neuen Auftrag zur Besiedlung des „zurück gewonnenen deutschen Ostens“⁶² erfüllt war, bezeugen zeitgenössische Zeugnisse. Auf einer Abschlusskundgebung im Rigauer Hafen stufte Kroeger die Umsiedlung als „Völkerwanderung von geschichtlichen Ausmaßen“ ein.⁶³ Die Verortung der Umsiedlung auf einer geschichtlichen Achse von der mittelalterlichen Besiedlung des Ostseeraumes durch „deutsche Ritter und Kaufleute“ hin zum „Heim-ins-Reich“-Ruf Hitlers zieht sich wie ein roter Faden durch Kroegers Publikationen.⁶⁴ Noch in den 60er Jahren äußerte er rückblickend, die entscheidende Voraussetzung für das „künftige Leben des baltischen Stammes“ habe 1939 in der geschlossenen Ansiedlung der deutschbaltischen Volksgruppe und deren „politische[m] Ordnungs- und Gestaltungsauftrag in einer osteuropäischen Landschaft“ bestanden.⁶⁵ Kroegers Aussage macht an dieser Stelle deutlich, dass sein Sendungsbewusstsein unter Rückgriff auf die Kolonisation des „wilden Ostens“ im Mittelalter mit Hitlers Vorstellung von der Schaffung eines „germanischen Siedlungsgürtels“ als „unbe-

⁶⁰ Kroeger, Auszug (wie Anm. 5), S. 53.

⁶¹ Aly, Endlösung (wie Anm. 36), S. 45 f. Den direkten Zusammenhang zwischen „Umsiedlung“ und „Räumung“ des Warthegaus dokumentiert auch die chronologische Darstellung beider Vorgänge.

⁶² Erhard Kroeger, Alfred Intelmann, Aufruf an die Deutsch-Balten in Lettland, „Rigasche Rundschau“, 9.10.1939. Zit. nach Loeber, Diktierter Option (wie Anm. 16), Dok. Nr. 129, S. 163.

⁶³ Kroegers Rede wurde in der Rigaschen Rundschau am 13. November 1939 abgedruckt. Zit. nach Nolte, Umsiedlung (wie Anm. 4), S. 35 ff.

⁶⁴ Vgl. Kroegers Vorwort zu Hans Krieg, Baltischer Aufbruch zum deutschen Osten. Berlin/Leipzig 1940, S. 7.

⁶⁵ Kroeger, Auszug (wie Anm. 5), S. 190.

zwingbarem Ostwall“ übereinstimmte. Am 30. April 1940 übergab der „baltendeutsche Führer“ dem Gauleiter des Warthelands Arthur Greiser auf einem Festakt „seine“ Volksgruppe zur „Übernahme in das Deutsche Reich“. ⁶⁶

Wenngleich Kroegers politisches Engagement keinesfalls repräsentativ für das Gros der deutschbaltischen Umsiedler war, gab es doch eine nicht unbedeutende Gruppe überzeugter deutschbaltischer Nationalsozialisten, vor allem in der jüngeren Generation. Nicht wenige Umsiedler versuchten zudem, sich über Mitgliedschaften in der NSDAP und ihrer Gliederungen eine bessere Position zu sichern: Überzeugung, Opportunismus und Berechnung seien die Gründe für den Eintritt in NS-Formationen gewesen, so Lars Bosse. Unter Verweis auf eine zeitgenössische Quelle beziffert Bosse den Anteil auf 38% aller Männer über 18 Jahre, die Mitglied in der SA, SS oder einer Parteiformation gewesen seien, reguläre NSDAP-Mitglieder sind hier nicht einberechnet. Dies widerspreche Äußerungen über einen sehr hohen Anteil deutschbaltischer Umsiedler. Hans-Erich Volkmann kommt hingegen unter Berufung auf dieselbe Quelle zu dem Schluss, dass „wenn es der Vorsatz des nationalsozialistischen Regimes war, das baltische Deutschtum sehr rasch seines spezifischen Eigenlebens als einer Oberschicht zu berauben, und zwar durch die Integration in die zahlreichen institutionellen Gliederungen der Partei, dann ist dieses Bemühen sicherlich im großen und ganzen gelungen.“ Es habe zudem eine große Zahl von Kriegsfreiwilligen gegeben. ⁶⁷

Den Umsiedlern, die sich nicht politisch für den Nationalsozialismus engagierten, fiel die mentale Eingewöhnung schwer und das landsmannschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl rangierte vor der deutschen Nationalität. Auch die Unterschiede unter den einzelnen umgesiedelten „volksdeutschen“ Gruppen, die wie etwa die umgesiedelten Rumäniendeutschen nur schlechte deutsche Sprachkenntnisse aufwiesen, erschwerte die Eingliederung. Integrativ mochte zunächst die evangelische Kirche wirken, die jedoch seit 1940 durch Gauleiter Greiser bekämpft wurde. ⁶⁸ Der Gedanke, eine Schicksalsge-

⁶⁶ Zitate aus dem „Ostdeutschen Beobachter“ (Posen) (1940), Nr. 125 vom 6.5.1940: „Der entscheidende Schritt zum Leben. Baltendeutsche Abschlusskundgebung und Rechenschaftsbericht der Volksdeutschen Mittelstelle“, S. 3.

⁶⁷ Bosse, Reichsgau Wartheland (wie Anm. 17), S. 344, und Volkmann, Ansiedlung (wie Anm. 18), S. 550. Beide Autoren bedienen sich der Quelle: Heinrich Bosse, Deutsche Aussaat, in: Ostland-Kalender 56 (1941), S. 85. Siehe weiter: Schröder, Deutschbaltische SS-Führer (wie Anm. 22), S. 178 f.

⁶⁸ So durch das „13-Punkte-Programm“ zur Herstellung der ‚inneren Geschlossenheit‘ der

meinschaft zu sein, wirkte auch nach außen und verstärkte auf Seiten der „Reichsdeutschen“ den Eindruck, einer geschlossenen Clique gegenüberzustehen. Auf einer Großkundgebung in Litzmannstadt brüskierte Gauleiter Greiser 1940 die baltischen Umsiedler und wies deren baltische Forderungen zurück: Die Tatsache, dass man sich 700 Jahre unter fremdem Volkstum erhalten habe, rechtfertige keineswegs die heutigen Machtansprüche auf die Führung.⁶⁹ Die meisten deutschbaltischen Umsiedler empfanden sich deshalb als Fremde und nicht zurückgekehrt „Heim-ins-Reich“.

Emigration oder Vertreibung? Zur Typologisierung der „Umsiedlung“

„Der Führer hat uns gerufen. Wir folgen!“ überschrieb Kroeger seinen gemeinsam mit Intelmann verfassten Aufruf an die Deutschbalten in Lettland.⁷⁰ Kroeger und die deutschbaltischen Nationalsozialisten begriffen das „Heim ins Reich“ als Chance, im Rahmen der folgenden „ethnischen Flurbereinigung“ in Osteuropa für sich und „ihre“ Volksgruppe führende Positionen zu erlangen. Die eingangs formulierte Propagandaformel ist indes kaum zur Typologisierung der Baltenumsiedlung in toto geeignet. Dennoch dokumentiert die Haltung Kroegers, dass die Geschichte der „diktierten Option“, wie Loeber die Umsiedlungsaktion kennzeichnete, nicht losgelöst betrachtet werden kann von der nationalsozialistischen Ideologie und ihren Verbrechen im Osten. Obwohl die Protagonisten von Himmler bis Kroeger tatsächlich die Umsiedlung einer geschlossenen Volksgruppe in den politisch-ideologischen Kontext einzuordnen wussten, kann dies nicht ohne weiteres auf die meisten Umsiedler übertragen werden.

Daher stellt sich die Frage nach dem Zwangscharakter der Umsiedlung 1939/40 und damit auch das terminologische Problem, ob die Umsiedlung überhaupt unter den Begriff einer „Zwangsmigration“ gefasst werden kann, von zwei Perspektiven, von „oben“ und von „unten“. Oder, um es anders zu formulieren: Die Typologisierung der Umsiedlung muss sowohl die äußeren, politischen Rahmenbedingun-

Kirche, das Greiser im Juli 1940 publizierte. Vgl. hierzu Bosse, Reichsgau Wartheland (wie Anm. 17), S. 338 ff.

⁶⁹ Volkman, Ansiedlung (wie Anm. 18), S. 535.

⁷⁰ Erhard Kroeger, Alfred Intelmann, Aufruf an die Deutsch-Balten in Lettland, veröffentlicht in Rigasche Rundschau vom 30.10.1939. Nachweis in: Loeber, Diktierte Option (wie Anm. 16), Dok. Nr. 130, S. 163 f.

gen als auch die „inneren“, psychologisch wirksamen Faktoren, die Beweggründe der Umsiedler, berücksichtigen.

Die deutschbaltische Umsiedlung fand vor dem formalen Hintergrund eines Vertragswerkes statt, dem Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion. Unstrittig ist, dass der ausgehandelte Geheimvertrag eine völkerrechtswidrige Aufteilung von Interessensphären vornahm, im Rahmen aggressiver Expansionspolitik und auf Kosten Polens. Zu dem Zeitpunkt, als deutschbaltische Politiker Einfluss nahmen auf den Fortgang der Ereignisse, konnten sie letztlich nur noch versuchen, die Folgen dieses Vertragswerkes in ihrem Sinne zu beeinflussen. Lars Bosse analysierte richtig, dass das Deutsche Reich „wohl auf die Gebiete, nicht aber auf die darin lebenden Deutschen verzichten wollte“, und verwies auf Äußerungen Himmlers aus den Jahren 1939 und 1940.⁷¹ Von einem beabsichtigten dauerhaften „Verzicht“ kann dennoch keinesfalls die Rede sein, vielmehr von einer zeitlichen Verschiebung der militärischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion. Die spätere deutsche Besatzungspolitik mit der Bildung des Reichskommissariats „Ostland“ am 17. Juli 1941 verdeutlichte, dass die baltischen Staaten in den territorialen Planungen keinen Sonderstatus einnahmen. Nur wenige Tage zuvor hatte Hitler in kleinem Kreis geäußert, dass die deutsche Wehrhoheit sich bis zum Ural erstrecken sollte, das gesamte „Baltenland“ werde deutsches Reichsgebiet.⁷² Die Deutschbalten sollten nach einem Erlass des „Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums“ nicht für die Wiederbesiedlung der baltischen Staaten verwendet werden, Ausnahmen stellten Parteiveteranen und SS-Protégés dar.⁷³

Zwei Tage nach dem Gespräch zwischen Kroeger und Himmler am 25. September 1939 in Zoppot empfing Außenminister von Ribbentrop in Moskau ein Telegramm Adolf Hitlers mit der Aufforderung, über die „Rücksiedlung der Deutschen aus Estland und Lettland“ zu verhandeln. Kroegers Unterredung mit Himmler sei, so Bosse, wohl

⁷¹ Bosse, Reichsgau Wartheland (wie Anm. 17), S. 300. Vgl. ebenda, S. 354 die Himmler-Zitate in Anm. 38.

⁷² Besprechung Hitlers mit Rosenberg, Lammers, Keitel, Göring und Bormann, 16.7.1941, nach Dietrich Eichholtz, Kriegsziele in der UdSSR, in: „Wir sind die Herren dieses Landes“. Ursachen, Verlauf und Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, hrsg. v. Babette Quinkert. Hamburg 2002, S. 19-43, hier S. 35. Siehe weiter Seppo Myllyniemi, Die Folgen des Hitler-Stalin-Paktes für die Baltischen Republiken und Finnland, in: Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt zum „Unternehmen Barbarossa“, hrsg. v. Bernd Wegner. München 1991, S. 75-92.

⁷³ Erlass RKFDV vom 19.8.1941, belegt in: Pinkus, Fleischhauer, Die Deutschen (wie Anm. 19), S. 234-238.

eine „Initialzündung bei der Entscheidungsfindung“ gewesen.⁷⁴ Die im Folgenden sehr überstürzt verlaufende Umsiedlung war sicherlich keine deutschbaltische Wunschoption, doch angesichts der Kriegssituation und der machtpolitischen Verhältnisse im Baltikum bot sie den Betroffenen Gelegenheit, in einem mehr oder minder geordneten Rahmen die Heimat zu verlassen, auf der Grundlage der zwischen dem Deutschen Reich und Estland bzw. Lettland geschlossenen Umsiedlungsverträge.⁷⁵ Die Klärung der vermögensrechtlichen Fragen spielte eine große Rolle bei allen Verhandlungen, so wie bereits in der Präambel des Umsiedlungsvertrages mit Lettland die Vermögensfrage im Mittelpunkt stand.⁷⁶

Von den äußeren Faktoren her betrachtet kann die Umsiedlung 1939/40 nicht mit einer Deportation oder Vertreibung gleichgesetzt werden, die als Ausweisung größerer Bevölkerungsgruppen aus ihrem Wohngebiet unter Zwang definiert ist. Hans Hecker formulierte: „Vertreibung hingegen ist eine von Staats wegen, von der Politik in Gang gesetzte Aktion“, im Falle von Flucht und Vertreibung liege der Zwangscharakter offen auf der Hand.⁷⁷ 1939 konnten sich Deutschbalten aber auch zum Verbleib in Lettland und Estland entscheiden, ein Beispiel hierfür war Paul Schiemann als prominenter Vertreter und exponierter Gegner des Nationalsozialismus.⁷⁸ Diese Möglichkeit stand 1939 auf rechtlich gesichertem Terrain, denn die Umsiedlungsverträge definierten den Personenkreis der Umsiedler als diejenigen Deutschbalten, die aus der „Staatsangehörigkeit Estlands scheiden wollen“ bzw. als solche, die „freiwillig ihren Beschluss be-

⁷⁴ Bosse, Reichsgau Wartheland (wie Anm. 17), S. 299 f.

⁷⁵ Verträge in: Loeber, Diktierte Option (wie Anm. 16), Dok. Nr. 250-309. Zum Komplex der deutsch-sowjetischen Verhandlungen Alan Bullock, Hitler und Stalin. Parallele Leben. Berlin 1999, S. 809 ff., und Hellmuth Hecker, Die Umsiedlungsverträge des Deutschen Reiches während des Zweiten Weltkrieges. Hamburg 1971, für Estland S. 15-22, für Lettland S. 61-77. Außerdem: Anordnung RKF Heinrich Himmler zur Aufgabenverteilung der Einwanderung der Volksdeutschen aus dem Baltikum vom 3.11.1939, Institut für Zeitgeschichte München, NO-5588.

⁷⁶ Bosse, Reichsgau Wartheland (wie Anm. 17), S. 301.

⁷⁷ Hans Hecker, Vertreibung und Verfolgung in der jüngeren deutschen Geschichte, in: Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Günther Schulz. München 2001, S. 17-40, zit. S. 24. Neue Erkenntnisse verspricht die Aufsatzsammlung „Die Deutschen und das östliche Europa. Aspekte einer vielfältigen Beziehungsgeschichte“, hrsg. v. Dietmar Neutatz und Volker Zimmermann, Essen 2006.

⁷⁸ Paul Schiemann lebte nach 1933 in Wien und emigrierte nach dem deutschen Einmarsch in Österreich wieder in seine Heimat Lettland, 1944 starb er in Riga. Siehe dazu Helmut Kause, Der publizistische Widerstand Paul Schiemanns gegen den Nationalsozialismus in den deutschen Volksgruppen, in: Deutschbalten (wie Anm. 17), S. 197-216 und John Hiden, Defender of minorities. Paul Schiemann (1876–1944). London 2004.

kunden, für alle Zeiten aus der lettischen Staatsangehörigkeit auszuscheiden“.⁷⁹ Rimscha betonte, dass die deutschbaltischen Umsiedler heute zwar „amtlich und privat als ‚Heimat-Vertriebene‘“ gelten könnten. Um der „simplen geschichtlichen Wahrheit willen“ dürfe aber nicht verschwiegen werden, „dass wir Deutschbalten von unseren Heimatstaaten Lettland und Estland und von der dortigen Bevölkerung, den Letten und Esten, niemals vertrieben worden sind.“⁸⁰ Wenngleich viele Deutschbalten im Rückblick als Motivation nicht nur die Angst vor einer folgenden Sowjetisierung des Baltikums benannten, sondern auch die Furcht davor, bei einem Verbleib im Baltikum von den Letten und Esten nicht mehr als nationale Minderheit anerkannt zu werden,⁸¹ war ein Zwangscharakter von staatlicher lettischer oder estnischer Seite nicht gegeben. Es gab für die deutschbaltische Bevölkerung eine Handlungsoption. Die Migration der Deutschbalten in den Warthegau kann daher nicht auf eine Stufe gestellt werden mit den Vertreibungen nach 1945 oder mit den euphemistisch als „Evakuierung“ bezeichneten Polen- und Judendeportationen.

Es stellt sich die Frage, ob aus dem Begriffsfeld der Migration, zu dem alle genannten Typen zählen, nicht der Begriff der Emigration Anwendung finden kann. In Abgrenzung zur „Flucht“, die sich auf starken Druck hin, in der Regel illegal, vollziehe, stelle die „Emigration“ eine vorbereitete Migration dar mit Genehmigung oder Duldung der Behörden der beteiligten Staaten, so Hecker.⁸² Zudem habe die Emigration einen Beigeschmack der Unfreiwilligkeit und erfolge eher auf gesellschaftlichen Druck hin, ganz anders als die Auswanderung, die von der Bedeutung her positiv belegt sei. Andererseits lässt der Begriff der Emigration den Aspekt der vertraglichen Regelung der Umsiedlung außer Acht, nicht umsonst definieren Pinkus und Fleischhauer die Umsiedlung als „Vertragsumsiedlung“.⁸³ Die Überschrift des Kapitels trägt hier indes den missverständlichen Titel „Vertragliche Zwangsumsiedlung“. Dem kann nicht gefolgt werden, denn das Vertragswerk zur Umsiedlung sah nicht die Anwendung von Zwang vor.

⁷⁹ Umsiedlungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Estland vom 15.10.1939, Art. 2; Lettland: Umsiedlungsvertrag vom 30.10.1939, Art. 1, zit. n. Hecker, Umsiedlungsverträge (wie Anm. 75).

⁸⁰ Rimscha, Die „Bewegung“ und die Umsiedlung (wie Anm. 5), S. 278.

⁸¹ Lumans, Himmler's Auxiliaries (wie Anm. 29), S. 160.

⁸² Hecker, Vertreibung und Verfolgung (wie Anm. 77). Zur Definition auch im Folgenden vgl. dort S. 23 ff.

⁸³ Pinkus, Fleischhauer, Die Deutschen (wie Anm. 19), S. 232 f.

Dass die definatorische Abgrenzung der deutschbaltischen Umsiedlung bis heute von Betroffenen bzw. deren Nachkommen oftmals als „Rettungsaktion“ und als erzwungene Migration oder, stärker formuliert, als Vertreibung einer Bevölkerungsgruppe⁸⁴ verstanden wird, hängt vor allem mit der emotional besetzten Sicht auf die Vorgänge zusammen, der eingangs erwähnten Perspektive „von unten“.⁸⁵ Die Erinnerung vieler Umsiedler erfolgte aus einer Opferperspektive, eine statische Perspektive, die die Einordnung des Geschehens in den historischen Kontext erschwert. Bosse kann hier zugestimmt werden, wenn er für die Motive der Umsiedler und damit für deren individuelle Einordnung des Geschehens feststellt, dass „das Bewusstsein, freiwillig umgesiedelt zu sein, nicht bei allen vorhanden“ war, weil die Motive der Umsiedler überaus unterschiedlich und von einer starken Gruppendynamik geprägt waren.⁸⁶

Anders verhielt sich die Situation nach der sowjetischen Annexion Lettlands und Estlands im Sommer 1940 und der folgenden Sowjetisierung. Die sog. „Nachumsiedlung“ von rund 16 000 Deutschbalten verlief wesentlich ungeordneter und trug den Charakter einer Flucht vor den einrückenden sowjetischen Truppen. Beim jetzigen Forschungsstand kann auch hier nicht pauschal von einer zwangsweisen, organisierten Vertreibung gesprochen werden, eine eingehende Untersuchung der deutschbaltischen Migration nach 1940 und deren Typologisierung bleibt nach wie vor ein Desiderat.⁸⁷ Insbesondere die Auswertung von Archivmaterial sowjetischer, lettischer und estnischer Provenienz scheint hier ebenso notwendig wie eine strukturierte Befragung der verbliebenen Zeitzeugen. Dietrich Loebers Urteil, die Umsiedlung aus Estland und Lettland 1939–1941 stelle sich als „Mittel einer imperialistischen Politik“ dar und erscheine in der Durchführung als „Aktion eines totalitär gelenkten Staates“, wirkt vor dem Hintergrund des jetzigen Forschungsstandes zumindest stark verkürzt und der Begriff der „diktierten Option“ ist zwar ein gelungenes Schlagwort, doch keine zutreffende Typologisierung der Umsiedlung der Deutschbalten.⁸⁸

⁸⁴ Beispielhaft sei hier die Stellungnahme Klaus Ehrlichs genannt, der sich gegen Lars Bosse wendet: Vom Baltikum in den Warthegau, in: InfoBlatt Baltische Staaten. Mitteilungsblatt des Vereins „Informationszentrum Baltische Staaten e.V.“ (2001), H. 2, S. 41-44.

⁸⁵ Interessant ist der Beitrag von Lothar Dittmer und Sven Tetzlaff, „Treibgut der Geschichte“. Flucht und Vertreibung im Blick von Jugendlichen. Erfahrungen aus dem Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten, in: Kontrapunkt (wie Anm. 21), S. 245-257.

⁸⁶ Bosse, Reichsgau Wartheland (wie Anm. 17), S. 349.

⁸⁷ Dies konstatiert auch Michael Garleff und verweist auf das Erscheinen des zweiten Bandes des Projektes „Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich“ (wie Anm. 17), S. 7.

⁸⁸ Loeber, Diktierte Option (wie Anm. 16), S. XIX.